

wichtigen Teils der Aufklärungsarbeit — einige gute Erfahrungen gesammelt, die den Genossen in anderen Betrieben Hilfe und Anleitung geben können.

**Wir stärkten das Vertrauen in ein wichtiges demokratisches Staatsorgan**

Einige Kolleginnen und Kollegen unserer Belegschaft kritisierten zum Beispiel Mißstände, machten von ihrem demokratischen Recht Gebrauch und wandten sich an die Organe der Staatlichen Kontrolle. Diese reagierten sofort und entsandten einige Mitarbeiter in unser Werk, um die Beschwerden zu prüfen und die Mängel zu beheben.

Ⓢ Nach Beendigung der Untersuchung vereinbarten wir die Durchführung einer Konferenz, zu der Aktivisten, Funktionäre, alle leitenden Angehörigen der Intelligenz und eine Anzahl Meister und Brigadiere eingeladen wurden. Vor diesem Kreis erläuterten die Mitarbeiter der Staatlichen Kontrolle ihre Aufgaben und stellten anschließend das Ergebnis ihrer Untersuchung zur Diskussion. Es war für die Konferenzteilnehmer überraschend zu hören, wie die Staatliche Kontrolle zum Schutz der Interessen der Werkstätigen tätig ist. Für nicht wenige Werkstätige und namentlich auch Angehörige der Intelligenz waren die Organe der Staatlichen Kontrolle bisher noch „fremde schwarze Männer“ gewesen.

Die Berichterstattung der Mitarbeiter der Staatlichen Kontrolle führte zu einer lebhaften Diskussion. Das wichtigste Ergebnis war die Steigerung des Vertrauens zu den Organen der Staatlichen Kontrolle und damit zu unserer Deutschen Demokratischen Republik. Die Anwesenden erkannten, daß nur Schädlinge die Staatliche Kontrolle zu fürchten haben, daß aber die Arbeiter und Ingenieure, die ehrlich um die Planerfüllung ringen, in der Staatlichen Kontrolle ihren Freund und Helfer sehen können.

Ein ernster Mangel in unserer späteren Arbeit war aber, daß wir es versäumten, darüber Rechenschaft zu geben, wie wir die Schlußfolgerungen des Berichtes in unserer weiteren Arbeit berücksichtigt haben. Es ist auch zweifellos besser, eine breite Aufklärung über die Tätigkeit der Organe der Staatlichen Kontrolle vor Beginn der Untersuchung durchzuführen, um den Mitarbeitern der Staatlichen Kontrolle auch wirklich überall Tür, Tor und Schranke zu öffnen und die aktive Beteiligung der gesamten Belegschaft sicherzustellen.

**Die Erläuterung eines Gesetzes stets mit der Kontrolle der Durchführung verbinden!**

Im Monat November 1951 führten wir eine Konferenz unserer Lehrlinge, Jungaktivisten und -aktivistinnen, Lehrausbilder und Lehrer der Berufsschule durch, um Rechenschaft über die Durchführung des Gesetzes „Über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung“ vom Februar 1950 zu geben. Jeder Konferenzteilnehmer erhielt vorher den Text des Gesetzes und wurde auf gefordert, am Stand der Durchführung im Werk Kritik zu üben, Vorschläge auszuarbeiten und Hinweise zu geben.

**Wir zogen aus der Konferenz folgende Schlußfolgerungen:**

Die Lehrbetriebsleitung, unsere Ausbilder und die Lehrer der Berufsschule verstehen es noch nicht, die Lehrlinge und Jungarbeiter zur Mitberatung und zur demokratischen Betätigung anzuleiten. Sie betrachten die jungen Menschen häufig nicht als gleichwertige Kollegen, sondern als Objekte ihrer eigenen erzieherischen Ansichten.

Als erstes Ergebnis der kritischen Diskussion wurden die Mittel für\*, kulturelle und soziale Zwecke bedeutend erhöht. (Die wichtigste Voraussetzung für die Überwindung der geschilderten Mängel ist nicht die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Jugend, sondern die Stärkung der FDJ-Gruppe durch eine bessere Hilfe und Anleitung. Siehe dazu auch unsere Anmerkung am Schluß des Bei-

trages. Die Redaktion.) Für 40 Jugendliche, die zu Weihnachten nicht wußten, wo sie bleiben sollten, wurde für die Feiertage ein Ferienaufenthalt im Erzgebirge ermöglicht. Die Jugendbücherei wurde verstärkt, es wurden weitere Sportgeräte angeschafft und die Räume für den Unterricht erweitert. Gleichzeitig begannen die Vorbereitungen zur Bildung eines Klubs junger Techniker. Einige Freunde unserer Lehrbetriebsleitung wollten daraus eine Art Interessengemeinschaft »alter Schule« machen, anstatt die uns anvertrauten jungen Menschen zum Studium und für die Anwendung der neuen sowjetischen Arbeitsmethoden, für den Wettbewerb und die ständige technische Höherentwicklung zu begeistern. Auf diese Weise führte die Konferenz gleichzeitig zu einer Auseinandersetzung mit den rückständigen Auffassungen in der Ausbildung unserer Jugend.

Die nächste Konferenz soll im Monat Januar 1952 durchgeführt werden. Wir wollen einen Jugendabgeordneten bitten, vor unseren Jugendlichen die Fürsorge der Regierung für die Jugend zu erläutern. Anschließend werden Werkleitung, Lehrbetriebsleitung und BGL darüber Rechenschaft ablegen, wie sie die Kritik an der Durchführung des Jugendgesetzes beherzigt haben und wie die Vorschläge realisiert wurden. Der Rechenschaftsbericht berücksichtigt die Erläuterung der Bedeutung dieses oder jenes Gesetzes im Kampf um die Planerfüllung und um den Frieden. Der sorgfältigen Beachtung auch der kleinsten Kritik kommt eine große Bedeutung zu, da dadurch unsere Jungarbeiter und Lehrlinge in dem Bewußtsein gestärkt werden, daß auch ihre Kritik, ihr Vorschlag wertvoll ist.

Solche Konferenzen führten und führen wir auch mit Aktivistinnen, Funktionärinnen und Kolleginnen unserer Belegschaft durch. Ebenso werden auch zur Überprüfung des Gesetzes der Arbeit und von anderen Gesetzen und Verordnungen unserer Regierung mit den Ärzten der Betriebspoliklinik, Angehörigen der technischen Intelligenz, insbesondere der Betriebs- und Abteilungsleiter und Sozialbevollmächtigten Konferenzen durchgeführt. Auf diesen Konferenzen, die sich in einem Zeitraum von sechs Wochen wiederholen, sprechen häufig auch Abgeordnete der Volkskammer, des Kreistages und des Landtages. In unserer Betriebszeitung wird regelmäßig über diese Konferenzen berichtet.

Auf die bisher gesammelten Erfahrungen gestützt, werden wir die Erläuterung und Popularisierung der Gesetze unserer Regierung — insbesondere das Gesetz zum Fünfjahrplan noch stärker fortführen. Alle Werkstätigen sollen erkennen, daß die Gesetze unserer Regierung einem glücklichen Leben unseres Volkes dienen und daß ihre Einhaltung und Bewahrung eine ehrenvolle Pflicht ist. So ist die Erläuterung der Gesetze ein wichtiger Teil unserer politischen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit im Betrieb.

**Hans Mickinn**

*Kulturdirektor im volkseigenen Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin“  
in Hennigsdorf*

*Anmerkung der Redaktion: Wir veröffentlichen diesen Beitrag des Genossen Mickinn, weil in ihm ausschließlich geschildert wird, daß die Popularisierung der Gesetze unserer Regierung nicht abstrakt, sondern an Hand des wirklichen Lebens vorgenommen werden soll. Da in dem Beitrag jedoch die Rolle der Betriebsparteiorganisation bei der Aufklärung der Belegschaft und bei der Anleitung der in der BGL, Werksleitung und in den demokratischen Massenorganisationen arbeitenden Genossen völlig übergangen wird, haben wir mit dem Genossen Mickinn gesprochen und auf die Gefahr hingewiesen, daß die Popularisierung und Durchführung unserer Gesetze zu einer alleinigen Aufgabe des Kulturdirektors wird. Genosse Mickinn bestätigte uns, daß der Mangel des Beitrags die augenblicklichen Verhältnisse im Werk widerspiegelt. Die bisherige Parteileitung gab den Genossen in den demokratischen Massenorganisationen eine ungenügende Anleitung bei der Lösung ihrer Aufgaben, darunter auch bei der Popularisierung der Gesetze und der Mobilisierung der Belegschaft für die Durchführung. Die Agitatoren der Partei leisteten nur eine ungenügende Aufklärungsarbeit unter der Belegschaft.*

*Wir hoffen, daß mit den jetzt beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Betriebsparteiorganisation diese Mängel beseitigt werden und würden uns freuen, wenn wir recht bald über die erzielten Fortschritte berichten könnten.*